

Stand: 16.03.2026 22:46:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/556

"10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/556 vom 13.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2032 des BI vom 04.04.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2463 vom 05.06.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 05.06.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD**

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine wohnortnahe, inklusive Schullaufbahn zu ermöglichen und die Barrieren dafür abzubauen.

Begründung:

Jedes Jahr fragen sich Eltern am Ende der Grundschule, wie der Weg ihres Kindes mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitergehen kann. Es gibt immer noch keine durchgängige Schullaufbahn für die Inklusionskinder, die den Eltern Sicherheit über den richtigen Förderort geben würde. Eltern von Kindern, die eine Grundschule mit dem Schulprofil Inklusion besucht haben, können nicht davon ausgehen, dass die weiterführende Schule vor Ort, ihr Kind mit seinen speziellen Bedürfnissen aufnimmt. Viel zu grob sind die Maschen des Netzes der Schulprofilschulen. So ist dann oftmals in Ermangelung von Alternativen ab der 5. Klasse doch wieder das Sonderpädagogische (SFZ) die Schule der Wahl, obwohl die Eltern eine Regelschule bevorzugt hätten. Darüber hinaus wird bei den Elternabenden, an denen sich die weiterführenden Schulen vorstellen, oftmals nicht auf die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingegangen.

10 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention ist das Fehlen einer echten, wohnortnahen, inklusiven Schullaufbahn ein großer Mangel.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a.
SPD
Drs. 18/556**

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Margit Wild**
Mitberichterstatter: **Norbert Dünkel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 6. Sitzung am 4. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher SPD

Drs. 18/556, 18/2032

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Margit Wild

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Thomas Gehring

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Matthias Fischbach

Staatssekretärin Anna Stolz

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 9 und 10 auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - Multiprofessionelle Teams an allen Schulen einrichten (Drs. 18/555)

und

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention - Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln (Drs. 18/556)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung der Redezeiten dürfte inzwischen bekannt sein. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – diese zehn Jahre – mit dem Bau einer Brücke vergleiche, so muss ich sagen: Wir sind noch lange nicht auf der anderen Seite, weil es nach dem Schwung der ersten Jahre Trippelschritte gab, ein Treten auf der Stelle; und im Augenblick habe ich das Gefühl, es bewegt sich zu wenig oder fast gar nichts. Deshalb hat meine Fraktion diese zehn Jahre zum Anlass genommen, um wieder einmal auf zwei Punkte – im Ausschuss waren es drei – aufmerksam zu machen; denn ein wesentliches Kriterium bei der Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen war der Artikel 2, der da sagt: Inklusion ist die Aufgabe aller Schulen. Das ist uns leider noch nicht gelungen.

Wir haben als Beispiel gebracht: Ist es überhaupt möglich, eine inklusive Schullaufbahn zu absolvieren? – Nein, das ist nicht möglich. Deshalb kommt es häufig vor, dass zu Schulbeginn oder im Januar/Februar Eltern zu mir kommen und ratlos sind, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht. Es wird ihnen ja gewährleistet, dass das Kind weiter inklusiv beschult werden kann. Nun ist das Kind, wenn es Glück hat, in einer Tandemklasse an einer Grundschule. Wenn das Kind dann die vierte Klasse durchlaufen hat, wissen die Eltern oft überhaupt nicht: Kann das Kind, wenn es in die Mittelschule gehen will, überhaupt wieder eine Tandemklasse besuchen?

Es gibt noch viele weiße Flecken, denn wir haben vor allem, wenn es um den Besuch der Grundschule und der Mittelschule geht, Sprengelschulen, das heißt, die Eltern können nicht einfach irgendwohin fahren und ihr Kind irgendwo in eine Schule schicken, sondern es herrscht die Sprengelpflicht.

(Matthias Fischbach (FDP): Das müssen wir ändern!)

– Das müssen wir ändern, genau, Herr Kollege Fischbach, damit haben Sie recht.

Wenn man sich die Karte Bayerns anschaut, dann sieht man, diese inklusive Schullaufbahn ist nicht möglich. Es passiert ganz einfach, dass manche Kinder, obwohl sie – dank der Leistungen und des Engagements unserer Lehrer – erfolgreich inklusiv beschult worden sind, sogar an die Förderschule oder an das sonderpädagogische Förderzentrum zurückgehen müssen. Ich möchte die Arbeit dort nicht schlechtreden, in keiner Weise; ich komme aus diesem Bereich. Aber das kann es doch eigentlich nicht sein. Das ist kein guter Weg, aber es wurde uns natürlich im Ausschuss bestätigt: Es ist ja alles gut. Die Umsetzung des Artikels 2 sowie die Wahlfreiheit sind gewährleistet. – Aber das ist keinesfalls so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nun komme ich zu unserem zweiten Antrag. Er sieht vor, multiprofessionelle Teams an unseren Schulen einzurichten. Ich denke, Sie alle stimmen mit mir überein, dass die Vielfalt, die Heterogenität sowie die Herausforderungen, die die Schüler mit in den Schulalltag bringen, enorm zugenommen haben. Oftmals reicht ganz einfach die Pro-

fession der Lehrkräfte nicht aus; das wissen wir, und ich sage auch: Natürlich hat man sich – Norbert, ich grüße dich – vonseiten der Staatsregierung bzw. damals in der interfraktionellen Arbeitsgruppe sehr engagiert dafür eingesetzt, dass wir ein Stück vorankommen. Wir haben es immerhin geschafft, mehr Schulpsychologen in den Unterricht zu bringen, um dieser Heterogenität gerecht zu werden und jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten und Talenten fördern zu können. Nur ist es nicht so, dass es ausreichend Schulpsychologen und Sozialpädagogen gibt, und es gehören noch weitaus mehr Professionen dazu. Wir haben uns auch in der interfraktionellen Arbeitsgruppe immer sehr intensiv damit beschäftigt. An erster Stelle nenne ich die Heilerziehungspfleger, die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Margit Wild (SPD): Genau. – Aber, wie gesagt: Fehlanzeige! Wir treten auf der Stelle und sind noch nicht auf der anderen Seite des Flusses. Deshalb werden wir als SPD-Fraktion weiter dranbleiben und zum rechten Zeitpunkt die richtigen Anträge stellen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin Wild. – Als Nächster hat der Abgeordnete Norbert Dünkel das Wort für die CSU-Fraktion.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen in einem Prozess der Entwicklung und der erfolgreichen Umsetzung der Inklusion in Bayern, in den die beiden Anträge der SPD fallen. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, auch heute nochmals darzustellen, wie wir uns in den letzten Jahren entwickelt haben und wo Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern steht, weil wir – das sage ich mit einem gewissen Stolz – vermelden können, dass die Staatsregierung und die CSU-Fraktion gemeinsam mit allen Fraktionen auch in der interfraktionellen Arbeitsgruppe, die wir seit vielen Jahren haben und die hoffentlich eine Fortsetzung erfahren wird, in der vergangenen Legislaturperiode einen wuchtigen Aufschlag zur Verbesserung der Umsetzung der Inklusion gemacht haben.

Wir haben Tausende neuer Stellen geschaffen. Wir haben die Qualifikation der Lehrkräfte verbessert. Wir haben neue Studienplätze geschaffen, die Organisationsstrukturen in Bayern professionalisiert, und wir stehen an der Seite der Kommunen, um auch die räumlichen Voraussetzungen zu gewährleisten. Ich nenne hierzu nur die Senkung der Bagatellgrenze für kommunale Schulbaumaßnahmen auf 25.000 Euro.

Kein Bundesland, liebe Kolleginnen und Kollegen, investiert mehr in den Bereich Inklusion, investiert so viel Geld in die Verstärkung von Personal sowie die Qualifikation zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg des bayerischen Weges zur Inklusion ist die hohe Akzeptanz aufseiten der Betroffenen und ihrer Eltern. Das ist mir ganz wichtig. Der Besuch einer Regelschule in Bayern ist keine Pflicht, sondern ein Recht. Niemand wird in Bayern in eine Regelschule gezwungen, wenn er das für sich oder sein Kind nicht will. Bayerische Eltern haben ein Wahlrecht für die aus ihrer Sicht optimale Schule. Der Weg an ein Förderzentrum wird in Bayern nicht verschlossen, wie das in vielen anderen Bundesländern der Fall ist, die inzwischen wieder kraftvoll zurückrudern. Ich nenne nur die Beispiele Bremen, Berlin, Niedersachsen, Saarland und Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der antragstellenden SPD, in Nordrhein-Westfalen ist wegen des Wahlkampfthemas "Umsetzung der Inklusion an den Schulen" eine SPD-Regierung abgewählt worden. Wir schaffen in Bayern Rahmenbedingungen, die den Kindern mit Handicap, aber auch den Kindern ohne Behinderung, im Schul- und Klassenverband eine optimale, an ihrem individuellen Bedarf orientierte inklusive Beschulung ermöglichen. Die im Antragstext der SPD aufgenommenen Gesichtspunkte sind längst auf einem guten Weg. Das wissen Sie auch. Mit der verpflichtenden Aufnahme der Fachinhalte "Sonderpädagogik" in die Ausbildung aller Regelschullehrer tragen wir den veränderten pädagogischen Anforderungen Rechnung. In der letzten

Legislaturperiode haben wir die LPO I dahin gehend geändert. Dies ist bereits umgesetzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber nicht nur neue Lehrkräfte erhalten dieses Rüstzeug. Umfangreiche Lehrgänge für Lehrerfortbildung an unserem Lehrerfortbildungsinstitut in Dillingen bringen Qualifikation und Rahmenbedingungen inklusiven Unterrichts in die Fläche der Schullandschaft in Bayern. Besonders bemerkenswert finde ich, dass in enger Abstimmung zwischen der Staatsregierung und der interfraktionellen Arbeitsgruppe Inklusion ein Aufbaustudium "Sonderpädagogik" mit zwei Semestern geschaffen wurde, das allen Regelschullehrerinnen und Regelschullehrern für ihre örtlichen Schulen erweiterte sonderpädagogische Kompetenz verschafft. Diese Qualifikation und die Summe von Personal und Inhalt sind die Voraussetzung, um das auf den Weg zu bringen, was vorhin angemahnt wurde.

Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Freistaat Bayern im Sinne der Antragstellung der SPD bereits in allen Landkreisen und kreisfreien Städten multiprofessionelle Teams zur Verstärkung und Entlastung der Lehrerkollegien vor Ort installiert. Schulpsychologen, Schulsozialpädagogen und weitere Fachdienste stehen für den individuellen Förderbedarf von Kindern mit Handicap, aber auch für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten ergänzend zum bereits vorhandenen Netzwerk Mobiler Sonderpädagogischer Dienste zur Verfügung.

Wir brauchen hier keinen SPD-Antrag. Ich darf darauf verweisen, dass dieses Thema in der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten Markus Söder ein wesentlicher Aspekt seiner zehn Punkte gewesen ist. Der Ministerpräsident hat versprochen, dass diese Forderung in Bayern umgesetzt wird. Wir können heute attestieren, dass das bereits im Aufbau ist. Hier wird nicht nur geredet, sondern gehandelt. Das beweisen der Beschluss und die Umsetzung von 100 neuen Stellen je Haushaltsjahr für multiprofessionelle Teams in Bayern. Hinzu kommen 100 neue Stellen für die Förder-

schulen, die wir verstärken wollen und müssen. Hinzu kommen weitere 100 Stellen pro Jahr für die Inklusion. Drei mal hundert sind 300 Stellen pro Jahr. Multipliziert mit den fünf Jahren einer Legislatur sind das 1.500 neue Stellen in der laufenden Legislaturperiode.

Ein großartiger Erfolg bayerischer Inklusionspolitik ist die Schaffung von fünf neuen Lehrstühlen; denn Stellen allein nützen uns nichts. Sie müssen auch fachlich gut besetzt werden. Wir werden in den Jahren 2019 und 2020 die Modellregionen Inklusion in allen Regierungsbezirken ausbauen. Das weiß auch die SPD. Wir werden Strukturen für die Inklusion durch die Schaffung von Beauftragten für Inklusion in allen Landkreisen und allen Bezirksregierungen aufbauen und weiterentwickeln.

Der SPD ist ebenfalls bekannt, dass ein besonderer Schwerpunkt in den kommenden vier Jahren die Umsetzung weiterer Maßnahmen der Inklusion an unseren weiterführenden Schulen sein wird. Wir brauchen auch eine durchgängige Schullaufbahn außerhalb der Förderschulen.

Abschließend möchte ich sagen: Ich lade die Landtagsfraktionen und insbesondere die SPD herzlich ein, an einer guten Inklusion für Bayerns Kinder weiterhin mitzuarbeiten. Das Thema "Kinder mit Handicap" eignet sich nicht für politischen Streit. Ich lade die SPD herzlich ein, mit uns gemeinsam am Vermächtnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe Inklusion weiterzuarbeiten. Wir sollten die guten Ergebnisse fortführen und weiter ausbauen. Herzlichen Dank. – Ich glaube, Frau Kollegin Margit Wild hat noch eine Frage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dünkel, Sie haben ganz recht. – Für eine Intervention erteile ich Frau Kollegin Margit Wild von der SPD-Fraktion das Wort.

Margit Wild (SPD): Lieber Norbert Dünkel, du hast natürlich, wie du das immer machst, sehr umfassend berichtet. Ich kenne dich lange genug und schätze das auch. In diesem Fall geht es aber um zwei konkrete Anträge zur inklusiven Schullaufbahn. Um diese Anträge hast du dich ein Stück weit herumgedrückt. Du hast nur gesagt: Na ja, das stellen wir dann auch noch auf. Ich glaube aber, dass man nicht sagen kann, dass es für alle Kinder möglich ist, jetzt eine inklusive Schullaufbahn zu durchlaufen. Wir haben die Förderschulen nicht überall wohnortnah, wie das bei den Grundschulen und Mittelschulen der Fall ist.

Für den Besuch der Realschulen und Gymnasien haben wir bestimmte Hürden eingebaut. Das weißt du auch. Du weißt auch ganz genau, dass sich bis dato nur sehr wenige Realschulen und Gymnasien mit der Inklusion auseinandergesetzt haben. Das wirst du mir doch bestätigen. Ich habe kein Interesse an Streit, sondern will dieses Thema voranbringen. – Ähnliches gilt für die multiprofessionellen Teams an den Schulen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Margit Wild (SPD): Du hast nur zwei Berufsgruppen erwähnt, und die von mir angesprochenen weiteren Professionen umgangen.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Kollegin Margit Wild, ich habe darauf hingewiesen, dass es auch um weitere Fachdienste geht. Es geht darum, die Fachdienste mit der Fachkompetenz einzusetzen, die für die Kinder mit ihrem individuellen Förderbedarf erforderlich sind.

Wir wissen beide, dass wir für die Modellregion Inklusion in Kempten derzeit mit der Staatsregierung und dem Wissenschaftlichen Beirat ermitteln, was wir dort brauchen. Wir wollen hier nichts ins Blaue hinein entscheiden, sondern wollen uns an den praktischen Hinweisen orientieren.

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir bei den weiterführenden Schulen massiv aufbauen werden. Wir wollen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Inklusionsbeauftragte installieren, die dann draußen in der Fläche feststellen, wo die Bedarfe liegen. Ich möchte ergänzen, dass wir dies nicht allein von der Politik aus machen wollen, sondern wir wollen die Verbände einbinden. Da ist zum Beispiel das Diakonische Werk.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf auch Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Norbert Dünkel (CSU): Das sind aber auch Schulträger wie die Lebenshilfe oder der Caritasverband in Bayern. Wir sind auf einem guten Weg. Ich bin der Überzeugung,

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, die Redezeit ist jetzt zu Ende.

Norbert Dünkel (CSU): dass wir in zwei Jahren konkrete Angebote auf dem Tisch haben werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Kollege Dünkel. – Als Nächster hat Herr Vizepräsident Thomas Gehring für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 24. Februar 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Es gab zunächst Diskussionen, inwiefern das auch für die Länder gültig ist. Aber die Kultusministerkonferenz hatte in jenem Sommer 2009 sehr deutlich gemacht, dass es im Bereich schulische Inklusion auch Aufgabe der Länder ist, dieser UN-Behindertenrechtskonvention zu folgen. Im Dezember 2009 haben wir im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe Inklusion zu bilden und dieses Thema miteinander anzugehen.

Nach zehn Jahren ist es wieder einmal Zeit, Bilanz zu ziehen und zu schauen, was wir erreicht haben, was wir nicht erreicht haben, wo es Rückschläge gibt und vor allem, was zu tun ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, wir hätten die Debatte über diese Bilanz und natürlich auch über diese Arbeitsgruppe gemeinsam geführt, vielleicht im Ausschuss, vielleicht hier an dieser Stelle. Leider hat sich die SPD fast ohne Vorwarnung verabschiedet. Aber wir kommen nicht darum herum, diese Bilanz zu ziehen und uns der Diskussion, was jetzt die Aufgaben sind, zu stellen.

Die SPD hat zu zwei Teilbereichen Anträge eingebracht, die wichtig sind. Der eine betrifft die Schullaufbahn. Wir haben damals vereinbart, dass wir manche Themen zurückstellen müssen, weil wir unterschiedliche, zum Teil ideologische Auffassungen hatten und uns sonst nicht hätten einigen können.

Ein Thema war die Frage, wie es mit dem gegliederten Schulsystem weitergeht. Für uns ist klar, dass in einem Schulsystem, das gegliedert ist und die Kinder nach der vierten Klasse segregiert, Inklusion schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist. Wir haben diese Frage im Einvernehmen ausgeklammert, aber sie holt uns natürlich ein. Sie hat uns spätestens nach vier Jahren an den Profilschulen Inklusion an der Grundschule eingeholt, nach vier Jahren gemeinsamem Lernen von Kindern mit Förderbedarfen und ohne Förderbedarf, mit sehr vielen positiven Erfahrungen. Wir hatten Tandemklassen, in denen Kinder mit starker Behinderung und Kinder ohne Behinderung von zwei Lehrkräften zusammen unterrichtet worden sind. Uns wird immer bestätigt, dass alle Kinder von dieser Inklusion in der Grundschule profitiert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nach vier Jahren war es vorbei mit dem gemeinsamen Lernen. Das Problem waren nicht die Kinder mit Förderbedarf, sondern die Aufteilung der Regelkinder an

weitere Schularten, an Gymnasien, Realschulen und Mittelschulen. Die Frage ist, was mit den Kindern mit Förderbedarf geschieht. Zum Teil gab es an Mittelschulen das Profil Inklusion. Dann gingen diese Kinder dorthin. Es gab Kinder, die wieder zurück an die Förderschulen gingen. Aber dieses gemeinsame Lernen, das vier Jahre lang funktioniert hat, wurde beendet.

Tatsächlich ist nach wie vor die Frage, wie es in der Sekundarstufe I mit der Inklusion weitergeht. Es gäbe zwei Wege. Der eine wäre, über Schulmodelle nachzudenken, in denen gemeinsam gelernt wird, ganz egal, wie man diese nennt. Der zweite wäre, wirklich ernst zu nehmen, was im Schulgesetz steht: dass Inklusion Aufgabe aller Schularten ist, auch Inklusion im Sinne des zieldifferenten Unterrichts. Davon sind wir, das müssen wir einfach sagen, noch ganz weit weg.

Das ist eine große Herausforderung, eine große Aufgabe, vor der wir stehen. Deswegen stimmen wir diesem SPD-Antrag zu. Ich sehe noch kein Konzept in diesem SPD-Antrag. Die Aufhebung der Sprengelbildungen wird es bei diesem Thema nicht sein.

Das zweite Thema sind die multiprofessionellen Teams. Das klingt für Nicht-Bildungspolitiker komisch. Was heißt "multiprofessionell"? – Das heißt einfach, dass in einer Schule nicht nur Lehrkräfte arbeiten, die für diese Schulart ausgebildet worden sind, sondern auch andere pädagogische Professionen. Davon gibt es heute in Bayern schon ganz viele. Die Frage ist, wie diese tatsächlich ein Team bilden und wie die Förderung so gemacht wird, dass sie bei den Kindern ankommt. Auch da haben wir noch eine große Aufgabe vor uns. Der Kollege Dünkel hat darauf hingewiesen, dass für Schulsozialpädagogen Stellen im Haushalt veranschlagt sind. Faktisch werden 35 Stellen pro Haushaltsjahr für Schulsozialpädagogen an Schulen kommen. Das ist ein kleiner Tropfen. Das stand in der Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage, die ich heute bekommen habe. Am Anfang waren mehr Stellen geplant, aber diese konnten faktisch nicht besetzt werden.

Es wird auch immer von einer zweiten Lehrkraft geredet, dass also eine zweite Person in die Klasse kommt und den Lehrer unterstützt. Auch da ist die Frage, wer das tun soll, wie viele Menschen im System sind und wie sie eingesetzt werden können. Wir haben zum Beispiel die Förderlehrerinnen und Förderlehrer. Die hießen mal Pädagogische Assistenten. An bayerischen Schulen haben wir momentan 1.409 Förderlehrerinnen und Förderlehrer an Grund- und Mittelschulen. Zum Zahlenvergleich: Wir haben etwa 2.250 Grundschulen und knapp 1.000 Mittelschulen, das heißt 1.400 Lehrer für diese über 3.000 Schulen. Wenn wir sagen, wir wollen eine zweite Lehrkraft in der Klasse, haben wir für knapp 20.000 Klassen an den Grundschulen aber nur 1.400 Förderlehrer. Wir sind also noch weit weg von irgendeinem Modell einer zweiten Lehrkraft an Grundschulen. Da haben wir noch viel zu tun. Deswegen stellen wir uns dieser Aufgabe. Wir GRÜNEN werden das Thema Inklusion in dieser Legislaturperiode stark forcieren, klar in der Haltung sein, an Konzepten arbeiten und sehr gerne zur Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bereit sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Markus Bayerbach für die AfD-Fraktion.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Gehring, Sie haben mir gerade aus der Seele gesprochen, dass ungefähr tausend Förderlehrer fehlen. Nur frage ich, warum die GRÜNEN gegen die Einrichtung von zusätzlichen Staatsinstituten zur Ausbildung von Förderlehrern gestimmt haben und sich dagegen wehren, wenn tausend Förderlehrer fehlen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Mir ist nicht bekannt, dass ich gegen die Einrichtung von Instituten für Förderlehrer gestimmt hätte. Es ist notwendig, dass wir uns Gedanken machen, ob das die richtige Profession ist und wie wir das weiterentwickeln. Generell geht es aber jetzt darum, insgesamt deutlich zu machen, dass es bei allen Schwierigkeiten, bei allen Rückschlägen auf dem Weg zur Inklusion – das war der Erfolg dieser

gemeinsamen Arbeit hier – kein Vertun gibt. Wenn wir heute eine Fraktion im Landtag haben, die sagt, Inklusion ist gescheitert, muss ich sagen: Das kann es nicht sein. Wir müssen uns klar dazu committen, dass wir den Weg zur Inklusion weitergehen wollen. Inklusion ist nicht gescheitert, Inklusion werden wir trotz aller Rückschläge angehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Als Nächste hat die Abgeordnete Gabi Schmidt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zehn Jahre ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Das heißt, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist als Menschenrecht, das es ja immer war, den Menschen bewusst gemacht worden. Daran müssen wir alle arbeiten. Wenn wir über schulische Inklusion sprechen, Herr Präsident, gibt es dafür keine Schablone. Das sage ich am inklusivsten Platz in diesem Parlament. Er passt für Große und Kleine, aber wir haben an diesem Rednerpult noch nichts für Hörbehinderte, nichts für Menschen mit Angstzuständen und nichts für Menschen mit geistiger Einschränkung, zum Beispiel leichte Lesehilfen. Das ist ein inklusiver Arbeitsplatz, aber er passt trotzdem nicht für jeden. Er ist nur in der Größe verstellbar. Das ist die letzten zehn Jahre das Problem bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gewesen. Das müssen wir auch so zugestehen.

Wenn wir immer von einer durchgängigen Schullaufbahn reden – da möchte ich wirklich auf die Kollegen von der SPD zurückkommen –, von der Regelschule und der Förderschule und vielleicht in gut und schlecht einteilen, und wenn es nur vom Klang her ist, machen wir wirklich einen Fehler. Ich sage immer: In der Regel geht jedes Kind in die Schule. Jedes Kind muss seinen Platz finden dürfen. Die Förderschule ist auch eine Individualschule mit individueller Förderung. Das müssen wir in der ganzen Diskussion voraussetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Klar müssen unsere Kinder ein Wahlrecht haben. Klar ist es traurig, lieber Thomas Gehring, wenn die Projekte dann abreißen und Türen nicht offen sind. Aber dass Türen zugehen, ist oft ein gesellschaftliches Problem. Das ist oft ein Problem der Eltern, die neue Wege gehen, und oft ein Problem der Kinder, ein Einzelner in einer Masse von vielen zu sein. Darüber müssen wir auch einmal wieder sprechen, wie wir damit umgehen, wie wir unsere Lehrer schulen, wie wir Eltern schulen und wie wir auch das Umfeld der Schulen sensibilisieren. Das fängt schon beim Schulweg an, der den Kindern oft schwerfällt, weil sie ihn anders empfinden als andere Kinder. Ich möchte nicht alles wiederholen, was Norbert Dünkel gesagt hat. Aber wir gehen den Weg. Wir haben multiprofessionelle Teams, wir haben aufgestockt. Manche Stellen können wir aber nicht besetzen, weil sich niemand darauf bewirbt. Die Individualität der einzelnen Behinderungen dürfen wir bei diesem ganzen Weg aber auf keinen Fall vergessen.

Wir müssen gemeinsam weitergehen, und, liebe Margit Wild, ich finde es absolut bedauerlich, dass man das nicht als Mannschaft tut und ihr als SPD diesen Weg, Probleme zu besprechen und gemeinsam am Runden Tisch lösen zu wollen, nicht weiter mitgeht. Wir, die FREIEN WÄHLER, vermissen euch sicherlich auf dem Weg, und alle behinderten Kinder haben es verdient, dass wir das gemeinsam machen und dass sich Menschen mit Erfahrung einbringen.

Wir brauchen aber genauso den Weg der Inklusion an Förderschulen; diesen Weg dürfen wir nicht verschließen. Es ist keine Einbahnstraße. Kinder, die in die Regelschule gehen – Entschuldigung, es fällt mir schwer –, können sich genauso wie ihre Eltern für eine Förderschule öffnen. Diese Möglichkeit gibt es, sie wird aber kaum angenommen. Darüber müssen wir auch einmal reden.

Eine Geschichte wollte ich Ihnen zum Schluss noch erzählen: Meine Tochter war im Alter von sechs Jahren mit einer Freundin unterwegs, die Trisomie 21 hatte, und

wurde gefragt, warum sie die zum Schulfest mitbringen würde. – Annika war komplett schockiert und hat die Lehrerin gefragt: Warum? Was ist mit ihr? – Dann hat die gesagt: Na, wir haben doch niemanden mit Behinderung an der Schule. – Daraufhin sagte Annika: Die ist nur aus einer anderen Galaxie, und die Lebensumstände passen hier nicht.

Ich habe das schon sehr oft erzählt: Lassen Sie uns gemeinsam Lebensumstände verändern. Die Sache hat es verdient, dass wir dafür in den nächsten zehn Jahren noch mehr Man- und Frauenpower investieren. Ich freue mich, wenn das gemeinsam geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin Schmidt. – Als Nächster hat der Kollege Markus Bayerbach für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge "Multiprofessionelle Teams an allen Schulen einrichten" und "Inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen entwickeln" zielen in der Kombination auf nichts anderes als auf die Aufweichung unseres gegliederten Schulsystems ab. Multiprofessionelle Teams brauchen wir generell, und zwar für jeden Schüler. Mit Inklusion hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Liebe SPDler, ganz ehrlich: Ich glaube – und da bin ich nicht allein, das sagt zum Beispiel auch die KEG –, Sie haben die Behindertenrechtskonvention auch nach zehn Jahren noch nicht ganz verstanden. Teilhabe heißt teilhaben, dabei sein, Zugang zu Bildung. Dabei sein bedeutet aber nicht zwangsläufig, überall dabei sein zu müssen, sondern dort zu sein, wo man optimal gefördert wird. Sie verwechseln Inklusion immer mit Gleichmacherei.

(Beifall bei der AfD)

Teilhabe bedeutet nicht, Kinder in Schulen zu stecken, in denen ihre Bildungschancen geringer sind oder sie Hänseleien, Überforderungen oder psychischen Belastungen ausgesetzt sind.

Wir schließen Inklusion ja nicht aus,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Doch! – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

aber sie muss mit Augenmaß passieren.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

– Nein, Frau Wild.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

– Dann müssen wir es vielleicht einmal genauer lesen. – Es gibt Schüler, bei denen funktioniert Inklusion in der Regelklasse. Es gibt aber auch viele Schüler, die ein spezielles Schulsystem, nämlich unsere Förderschulen, mit top ausgebildeten Fachleuten, mit kleinen Klassen und mit einem gewissen Schonraum brauchen. Diese haben wir in Bayern, und wir hatten sie auch schon vor der Behindertenrechtskonvention. Die Russen fangen damit jetzt gerade einmal an und erklären uns, sie machen Inklusion, weil sie die ersten Förderschulen errichten.

Vor allen Dingen haben wir – und das ist das ganz Tolle an unseren Förderschulen – eine hohe Durchlässigkeit. Es ist nicht so, dass man danach stigmatisiert oder abgestempelt ist. Viele Schüler brauchen einfach einmal für ein, zwei oder drei Jahre diesen beruhigten Raum und diese intensive Förderung und kommen dann wieder auf den ganz normalen Weg zurück. Das schaffen Sie in der Regelklasse viel seltener als in der Förderschule.

Wir sind eben – und das ist etwas, das der SPD ziemlich fremd ist – auch in der Bildung ein leistungsorientiertes Land. Bildung ist unsere einzige Ressource,

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Wer keine eigenen Ideen hat, muss sich an anderen abarbeiten!)

und wir brauchen leistungs – –

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe)

– Was? Keine eigenen Ideen ist vielleicht die Bildungspolitik der CSU seit 50 Jahren.

(Beifall bei der AfD)

Besonders schön finde ich, wenn diese Aussage von links kommt: Überall, wo Rot-Grün regiert, haben wir die besten Bildungssysteme; da funktioniert es hervorragend. – Ich sage Ihnen ehrlich: Dort, wo die Roten an der Macht sind, funktionieren weder Inklusion noch Bildung.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Bayerbach. – Als Nächster hat Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland dauert es gerade bei der öffentlichen Hand bekanntermaßen immer etwas länger, bis Trends ankommen. Multiprofessionelle Teams sind dafür ein Paradebeispiel. Finnland und Kanada sind schon wesentlich weiter, gerade auch Kanada mit dem großen Integrationsbedarf. Seit Jahren sehen wir auch an anderen Stellen, dass fachliche Vielfalt in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ein Erfolgsfaktor ist. Man ergänzt sich, animiert sich gegenseitig und ist breiter aufgestellt.

Auch die UN-Behindertenrechtskonvention fordert den Einsatz unterschiedlicher Berufsgruppen mit entsprechenden Fachkompetenzen. Es ist an der Zeit, dass wir diese auch in der Schullandschaft flächendeckend einsetzen. Wir benötigen diese multiprofessionellen Teams, um der Herausforderung nicht nur vor dem Hintergrund der Inklusion, sondern auch der individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Schülers in einer heterogenen Schülerschaft Rechnung zu tragen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der Antrag der SPD zu multiprofessionellen Teams weiterhin berechtigt, auch wenn bereits ein Landtagsbeschluss vorliegt und es Bekundungen des Ministerpräsidenten gibt; denn bisher fehlt vom Konzept jede Spur.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dieses Konzept ist insofern auch grundlegend, da es hierbei um die praktische Organisation der multiprofessionellen Teams geht.

Der Umgang mit diesen Teams und die Art und Weise ihres Einsatzes sowie die Qualität, die am Ende an unseren Schulen herauskommt, werden entscheidend sein. Wir von der FDP sind daher überzeugt, dass es bei diesen multiprofessionellen Teams auch darauf ankommt, dass die Schulen vor Ort Möglichkeiten haben, das in eigener Verantwortung umzusetzen. Konkret bedeutet das für uns, dass die Schulen ein eigenes Budget und eine eigene Personalhoheit bekommen, um das passende Team für sie vor Ort optimal zusammenzustellen.

Wo das nicht umzusetzen ist, wie im ländlichen Raum, muss es möglich sein, Personalpools zu bilden und das mit einer gewissen Freiheit zu tun, und zwar nicht zentralstaatlich geplant, sondern dezentral. Das setzt wiederum eine Kultur des Vertrauens voraus, die aber besser ist als eine zentralistische Regulierung. Dahin gehend sollten wir unser Schulsystem, unser Bildungssystem Schritt für Schritt umbauen. Das ist ein langer Weg, aber der Antrag der SPD ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir sollten ihn weitergehen.

Der Kollege Gehring hat gerade auch noch einen wichtigen Punkt genannt. Es wird nicht alleine reichen, die Strukturen zu ändern, sondern wir müssen ebenso darüber reden, wie wir die Ausbildungssysteme für die Lehrkräfte und für das professionelle Personal, das diese Teams bildet, entsprechend ertüchtigen, damit wir die freien Stellen dann besetzen können.

Nun möchte ich noch kurz zum zweiten Antrag kommen. Diesem Antrag können wir leider nicht uneingeschränkt zustimmen. Es ist bereits Gesetzeslage, was damit gefordert wird. Ich sehe den Punkt, Frau Wild – liebe Margit –, dass wir über das Thema Sprengel noch einmal sprechen müssen, weil das in dem Antrag so leider nicht erkennbar steht.

Ich finde, wir müssen sehen: Das ist Gesetzeslage für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, und es muss eine gewisse Wahlfreiheit zwischen inklusiver Bildung und Förderschule gewährleistet sein. Dazu haben alle bayerischen Schulen eine Verpflichtung. Sie sprechen Einzelfälle an, zum Beispiel könnten Tandemklassen nicht fortgeführt werden: Ja, dann gibt es aber die Möglichkeit, Schulbegleiter einzusetzen.

Ich wäre dafür, viel mehr Wahlfreiheit zuzulassen, um individuell für jeden die besten Förderangebote aussuchen zu können. Das ist der große Schritt, den wir noch gehen müssen. So haben wir hier aber einen ganz guten Kompromiss, der mit allen Fraktionen in den letzten Jahren entwickelt wurde. Ich denke, auf diesem Weg sollten wir weitergehen.

Ich möchte aber auch noch einmal eine Lanze für die Förderzentren brechen. Diese werden immer als das Übel dargestellt. Sie sind aber eigentlich das Gegenteil; sie leisten einen sehr guten Dienst und schaffen es an vielen Stellen, dass Schüler sehr schnell wieder von den Förderzentren in die Regelschule wechseln können. Von daher sollte man das positiv sehen.

Wir haben in Bayern insgesamt einen sehr guten Kompromiss. Die Zahlen, der Anstieg der inklusiven Beschulung in den letzten Jahren, zeigen und belegen das. Wir sollten diesen Weg weitergehen.

Ich sage auch abschließend mit Blick auf die Zukunft, dass wir darüber reden sollten, wie es nach dem Schulabschluss weitergeht und wie wir die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können.

(Beifall bei der FPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Fischbach. – Für die Staatsregierung spricht nun Frau Staatssekretärin Anna Stolz.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr darüber, dass mit den Tagesordnungspunkten 9 und 10 heute noch eins meiner Herzensthemen zur Sprache kommt: die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht – wir haben es gehört – war vor zehn Jahren ein Meilenstein für mehr Miteinander in unserem Land. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bestehende Barrieren für Menschen mit Behinderung in unserem Land weiter abzubauen. Ich meine damit Barrieren in den Köpfen der Menschen, aber natürlich auch Barrieren im Alltag und im täglichen Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei hat die Schule natürlich eine Schlüsselfunktion inne. Mit der Änderung des BayEUG im Jahr 2011 haben wir uns im Freistaat bei der Inklusion für einen pragmatischen Weg entschieden. Wir haben erstens gesagt: Wir wollen Bewährtes erhalten. Damit meine ich insbesondere auch unsere Förderschulen, die bei uns eine doppelte Funktion haben: Sie sind zum einen Lernorte, zum anderen aber natürlich auch sonderpädagogische Kompetenzzentren für unsere Regelschulen. Zweitens haben wir bei diesem pragmatischen Weg der Inklusion neben dem

Erhalt des Bewährten gesagt: Wir wollen auch Neues entwickeln und andere mit gelungenen Beispielen überzeugen. Darum haben wir 2011 Schulen mit dem Profil Inklusion eingerichtet.

Dieser Ansatz hat sich bewährt, denn im Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung gibt es nicht den einen richtigen Weg. Es gibt viele gute Wege für mehr und bessere Inklusion, denn jedes Kind ist anders. Ich möchte sagen: Jedes Kind ist besonders. Dieser Vielfalt müssen wir gerecht werden.

Für all unsere Schülerinnen und Schüler – ob mit oder ohne Behinderung – gilt: Wir müssen unsere Förderangebote bestmöglich auf die Bedürfnisse des jeweiligen Kindes zuschneiden. Das bedeutet wiederum: Für ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf kann die Förderschule genau der beste Weg, die beste Option sein. Für ein anderes Kind ist das eben die Regelschule. Heute sind alle Regelschulen zum inklusiven Unterricht und zur Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf verpflichtet.

Das verkennen die Antragsteller der SPD-Fraktion offenbar bei ihrer Forderung, eine inklusive Schullaufbahn für die Regelschulen zu entwickeln. Wir lehnen diesen Antrag deshalb ab, weil es an unseren Regelschulen bereits eine Vielzahl von inklusiven Angeboten gibt – und das in allen Schularten. Wir haben circa 300 Regelschulen mit dem Schulprofil Inklusion.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Davon 250 Grundschulen!)

– 300 Regelschulen, habe ich gesagt. Unsere Profilschulen haben dabei eine ganz wichtige Vorbildfunktion, weil sie uns tagtäglich zeigen, dass Inklusion gelingt.

Ich freue mich auch darüber, dass immer mehr Schulen mit dem Profil Inklusion dazukommen. Gerade bei unseren Profilschulen versuchen wir stets, vor Ort Anschlussmöglichkeiten zu finden. Wenn wir zum Beispiel eine Grundschule mit dem Profil Inklusion haben, dann wird nach Möglichkeit auch an der örtlichen Mittelschule dieses

Profil eingerichtet. Wir sind also sehr darum bemüht, vor Ort Lösungen zu finden. Neben den Profilschulen haben wir aber natürlich auch Regelschulen mit Kooperationsklassen und Partnerklassen, in denen Kinder aus Förderschulen und Regelschulen ganz selbstverständlich miteinander lernen.

Das ist ein guter, ein lang erprobter Weg der Inklusion, den wir mit kompetenter Unterstützung des Mobilen Sonderpädagogischen Dienstes gehen. Es gibt bei uns natürlich auch die Möglichkeit einer inklusiven Beschulung einzelner Schülerinnen und Schüler an unseren Regelschulen, auch hier mit Unterstützung des MSD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen aber natürlich auch: Inklusion gelingt nur mithilfe und durch das Engagement unserer Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb kommt natürlich der Lehrerbildung große Bedeutung zu. Der Kollege Dünkel hat dazu schon einiges ausgeführt. Inklusion ist mittlerweile fester Bestandteil der Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. Studierende aller – aller! – Lehrämter erhalten ab diesem Studienjahr ein Basiswissen Inklusion und Sonderpädagogik.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Außerdem gibt es ein breites Fortbildungsangebot für unsere Lehrkräfte. Ganz gut wird auch der Ferienlehrgang angenommen, der besonders für Lehrkräfte gedacht ist, die erstmalig eine Schülerin oder einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben.

Ich bin dankbar für dieses großartige Engagement unserer Lehrkräfte im Freistaat, die sich im Bereich Inklusion fortbilden. Deren Wissen kommt den Schülerinnen und Schülern zugute, aber natürlich auch den Eltern – auch das ist schon angeklungen –, die sich mit ihrem persönlichen Beratungsbedarf immer wieder an die Lehrer wenden. Ich möchte deshalb an dieser Stelle unseren Lehrkräften mal ein herzliches Vergelt's Gott für ihr Engagement aussprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ebenso wie Sie finde ich es wichtig, dass das Thema Inklusion bei Elternabenden an weiterführenden Schulen ganz selbstverständlich angesprochen wird. Ich werde mich deshalb persönlich dafür einsetzen, dass das künftig noch flächendeckender geschieht.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr gut! – Margit Wild (SPD): Ja, das wäre wichtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unser aller Anliegen, die Inklusion an unseren Schulen im Freistaat stetig zu verbessern. Beim Thema Inklusion brauchen wir aber immer individuelle Lösungen, die den Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf am besten gerecht werden. Diese am Kind und am Bedarf der einzelnen Schule orientierten Lösungen bieten wir auch schon jetzt an. Vor Ort arbeiten an den Schulen verschiedene schulische und außerschulische Fachkräfte zusammen. Wir haben natürlich die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen, Lehrkräfte der Sonderpädagogik, Schulpsychologen, Beratungslehrkräfte, Förderlehrkräfte, Pflegekräfte, Sozialpädagogen, Schulbegleiter und mehr.

Diese multiprofessionelle Zusammenarbeit wird auch durch unser Programm "Schule öffnet sich" gestärkt und unterstrichen. Dabei hat jede Schule einen eigenen, einen anderen Unterstützungsbedarf, weil sich der Unterstützungsbedarf am Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler orientiert. Insofern braucht auch jede Schule andere Fachkompetenzen. Deshalb gibt es auch nicht das eine multiprofessionelle Team. Es ist außerdem realitätsfern zu glauben, dass multiprofessionelle Teams an allen Schulen mit allen möglichen Professionen eingesetzt werden können. Das gibt auch der Arbeitsmarkt derzeit nicht her. Wir lehnen deshalb den Antrag der SPD-Fraktion ab, multiprofessionelle Teams an allen Schulen einzurichten.

Trotz der Ablehnung möchte ich mich für die Ideen und Anregungen der Kolleginnen und Kollegen bedanken, weil ich davon überzeugt bin, dass wir beim Thema Inklusion im Gespräch bleiben müssen. Nur wenn wir gemeinsam im Gespräch bleiben, können wir das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung in unserem Land wirklich weiter verbessern. Das ist unser Ziel. Deshalb werbe ich auch noch einmal dafür, dass wir bei diesem so wichtigen und sensiblen Thema an einem Strang ziehen, damit wir da kräftig vorankommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Frau Staatssekretärin. Bleiben Sie gerade noch für eine Zwischenbemerkung des Vizepräsidenten Thomas Gehring von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Rednerpult.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Staatssekretärin, ich glaube, ein Grund, warum diese interfraktionelle Arbeitsgruppe erfolgreich war, bestand darin, dass Regierungs- und Oppositionsfraktionen mit unterschiedlichen und eigentlich gegensätzlichen Rollen gearbeitet haben. Die Oppositionsfraktionen haben Erfolge dargestellt und gelobt. Die Regierungsfraktionen – früher waren das halt nur CSU-Leute – haben gesehen, wo die Schwierigkeiten sind, und nicht darüber hinweggeredet, sondern die Schwierigkeiten benannt. Ich glaube, das ist die Voraussetzung. Wir müssen sagen, was gut gelaufen ist. Gut gelaufen ist, dass wir es in den Schulen mit dem Profil Inklusion geschafft haben, dass multiprofessionelle Sonderpädagogen fest zum Team dieser Regelschule gehören. Wir haben von vielen eine Rückmeldung, die besagt, das tut diesem ganzen Schulteam gut. Aber wir müssen auch sehen, was nicht läuft oder schlecht gelaufen ist.

Wenn Sie die Lehrerbildung ansprechen: Wir haben 2011 einen interfraktionellen Antrag gestellt, dass sonderpädagogische Module in die Lehrerbildung aufgenommen werden müssen. Es hat acht Jahre gedauert, bis das gekommen ist. Zwei Studentengenerationen haben ohne diese Module studiert. Das muss in Zukunft schneller

gehen. Wir haben einfach ein Problem in der Sekundarstufe I, also ab der fünften Klasse. Da geht es mit der Inklusion nicht so weiter wie in den ersten vier Klassen. Diesen Problemen müssen wir uns stellen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Das gelingt uns nur, wenn wir diese Diskussionen nicht mehr ideologisch führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Frau Staatssekretärin, bitte.

Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Vielen Dank für den Beitrag, Herr Kollege Gehring. Es ist richtig: Natürlich müssen wir auch benennen, was noch nicht gut läuft. Wir würden nicht hier stehen, wenn schon alles gut laufen würde oder, wie die Kollegin Wild gesagt hat, wenn wir schon auf der anderen Seite der Brücke angekommen wären. Natürlich ist es nicht so. Deswegen wollen wir bei diesem wichtigen Thema zusammenarbeiten, um da voranzukommen. Das ist unser Ansinnen, dass wir da gemeinsam mitwirken, um das Thema Inklusion im Freistaat Bayern voranzubringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatssekretärin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wiederum getrennt. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/555 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktio-

nen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/556 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Die FDP-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich zur gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 11 und 12 aufrufe, möchte ich Ihnen zu Ihrer weiteren Disposition des Abends mitteilen, dass hinsichtlich des Tagesordnungspunkts 13 von der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist.